

---

---

# Zweite Chance für die Umwelt

Grüne unterstützen 17 Bürgerinitiativen finanziell

---

*Conrad Seidl*

---

**Wien** - Irgendwann stößt die Umweltpolitik der Grünen an Grenzen. Weil es für schärfere Umweltgesetze keine Mehrheiten gibt - wie es aktuell etwa beim Umwelthaftungsgesetz zu sein scheint.

Aber dann gibt es oft noch eine zweite Chance: dass nämlich die Gesetzeslage in Umweltfragen (aber auch im für die Grünen gleich wichtigen Bereich der Menschenrechte) ohnehin ausreicht, die eine oder andere konkrete Verschlechterung zu verhindern. Wenn sich nur ein paar beherzte Bürger finden, die dagegen ankämpfen.

Dafür gibt es dann Geld von den Grünen Abgeordneten,

dies allerdings strikt kanalisiert und kontrolliert durch den Verein BIV.

Von 32.700 Euro im Jahr 2006 auf aktuell 42.700 Euro ist dessen Budget nach der Nationalratswahl gestiegen - denn es müssen alle Parlamentarier einzahlen, die Dritte Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig und der Klubchef Alexander Van der Bellen mehr als die anderen.

Mit dem so angesparten Geld wird Rechtshilfe geleistet - allein im Vorjahr kamen 21 neue Ansuchen dazu, von denen 17 bewilligt wurden. Da geht es um eine Legehennenhaltung in St.Peter/Au, die seit 2001 von einer Bürgerinitiative bekämpft wird - sie hat im Vorjahr 1500 Euro als Unter-

stützung für ihre Anwaltskosten bekommen - ebenso wie die Einsprüche gegen die dritte Landebahn beim Flughafen Schwechat, für die 10.000 Euro an Unterstützungen zugesagt wurden.

BIV-Vorstand Walter Geyer sieht als wesentlichen Trend, dass Bürgerinitiativen eine immer professionellere Beratung und Unterstützung gleich bei der Gründung brauchen, um im Behördenverfahren durchzukommen. So blitzte eine von den Behörden durchaus als Partei anerkannte Bürgerinitiative beim Verfassungsgerichtshof ab, weil von ihr gesammelte Unterschriften nicht exakt den beanspruchten Sachverhalt erwähnten.